



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484

FAX: (030) 227 – 76992

E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)

Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

2. November 2006

Ihre gemeinsame Haltung gegen die Reaktivierung des so genannten Eisernen Rheins haben bei einer Zusammenkunft in Willich führende CDU-Vertreter aus Krefeld und Willich unter Leitung ihrer Vorsitzenden Winfried Schittges MdL (Krefeld) und Uwe Schummer MdB (Willich) bekräftigt. Die Reaktivierung des Eisernen Rheins führe nicht nur zu einer unerträglichen Belastung für die Anwohner, sondern sei auch kein geeignetes Mittel, um der künftigen Verkehrsentwicklung auf der Schiene zwischen Belgien, Holland und Deutschland Rechnung zu tragen.

Bei dieser Einschätzung stützen sich die CDU-Politiker auf eine Aussage von Landesverkehrsminister Oliver Wittke, der sich am 22. Juni 2006 im Kreise der niederrheinischen CDU-Fraktionsvorsitzenden gegen die Reaktivierung der historischen Trasse des Eisernen Rheins ausgesprochen hatte, und auf eine Äußerung von Bahn-Vorstand Dr. Otto Wiesheu, der, wie er bei einem Treffen mit den niederrheinischen Unionsspitzen am 19. September 2006 in Berlin erklärte, die Zukunft des Schienengüterverkehrs zwischen Belgien, Holland und Deutschland weniger auf der Trasse des Eisernen Rheins, als vielmehr auf der neuen Betuwe-Linie sehe, die über Emmerich, Dinslaken und Duisburg führen werde.

Thema des nachbarschaftlichen Dialogs der Unionsführungen von Krefeld und Willich war auch der Flughafen Mönchengladbach. Dazu wurde festgestellt, dass zur Verlängerung der Start- und Landebahn in Mönchengladbach eine Änderung des Gebietsentwicklungsplanes (GEP) sowie ein Planfeststellungsverfahren notwendig seien. Während das im Jahre 2004/2005 durchgeführte GEP-Änderungsverfahren im Herbst 2005 vom Regionalrat Düsseldorf abgelehnt worden sei, sei das parallel durchgeführte Planfeststellungsverfahren bis heute nicht entschieden. Eine Wiederaufnahme der GEP-Änderung werde nur über einen Neuantrag möglich sein, der auch auf Erkenntnisse aus dem Planfeststellungsverfahren eingehe. Die Stadt Willich habe bisher gegen die Flughafenerweiterung votiert, Krefeld nicht, erinnerten die CDU-Politiker an ihre unterschiedlichen Positionen, die auch weiterhin aufrechterhalten würden. Der Flughafen Düsseldorf könne seine internationale Rolle am Standort Düsseldorf nur sicherstellen, wenn es gleichzeitig gelinge, die von ihm ausgehenden Belastungen für die angrenzende Wohnbevölkerung zu verringern. Dazu gehöre auch und insbesondere eine Minderung des Lärms, der von den Flugzeugen ausgehe, die entsprechend modernisiert werden müssten.

Ihren Dialog wollen die Unionspolitiker aus Krefeld und Willich künftig mit dem Ziel fortsetzen, durch partnerschaftliche Zusammenarbeit die Region - auch gegenüber der Landeshauptstadt Düsseldorf - zu stärken. Dabei wolle man auch und gerade die besonderen Stärken der Region Niederrhein im Wettbewerb mit anderen Regionen und Metropolen hervorheben und nutzen. Bei aller Anerkennung der besonderen Bedeutung der Landeshauptstadt, sei es nicht hinnehmbar, dass deren Nachbarkommunen mehr oder weniger nur als eine nützliche Reservefläche für die eigene Entwicklung angesehen würden. Unter gleichberechtigten Partnern sei vielmehr eine faire und partnerschaftliche Zusammenarbeit in der Region und für die Region geboten.

**PRESSMITTEILUNG**